

Meerespolitik

Gaby Umbach

Zur Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik (IMP) der EU legte die Kommission einen Verordnungsvorschlag vor, dessen Hauptziel neben der strategischen Weiterführung der IMP auch die Schaffung einer Rechtsbasis für deren finanzielle Unterstützung ist. Darüber hinaus thematisiert er integrierte politisch-administrative Strukturen für Meeres- und Küstenregionen, übergreifende Politikgestaltungsinstrumente, Nachhaltigkeitserwägungen und internationale Kooperation als zentrale Elemente der weiteren Überlegungen.¹

Damit verbunden schlug die Kommission in ihrer Mitteilung „Meereskenntnisse 2020“² vor, verschiedene meeresbezogene Richtlinien, Rahmenregelungen und Einrichtungen zu einer operativen Meeresdatenarchitektur zu integrieren und weiterzuentwickeln. Primäres Ziel der Initiative ist es, das Wissen über Meere und Ozeane zu verbessern, die Nutzung qualitätsgeprüfter, schnell verfügbarer und kohärenter Meeresdaten strukturell sowie finanziell zu optimieren und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Datennutzer zu stärken. Ein ökosystemorientierter Ansatz leitet diese Überlegungen zur Schaffung einer „Infrastruktur des Meereswissens“³, die mittels einheitlicher und vergleichbarer Parameter die europaweite Zusammenstellung von Meeresdaten erleichtern soll. Grenzüberschreitende Kooperation soll dazu beitragen, fragmentierte Datensätze zu Meeresregionen zu harmonisieren und zusammenzuführen. Aspekte wie weltweite Wettbewerbsfähigkeit, Nachhaltigkeit, Verbesserung öffentlicher Entscheidungsfindung und meereswissenschaftlicher Forschung stellen Beweggründe für die Initiative dar. Das dazugehörige Datenprotal „European Marine Observation and Data Network“ (EMODnet), das u.a. geologische, physikalische, chemische, biologische und Habitat-bezogene Daten zu bestimmten Meeresregionen beinhaltet, ist 2009 gestartet, soll bis 2012 konsolidiert und bis 2013/14 zur vollen Einsatzfähigkeit gebracht werden.⁴

Mit der Weiterentwicklung der IMP verbunden ist auch die Kommissionsmitteilung über einen gemeinsamen Informationsraum zur Überwachung des maritimen Bereichs in der EU.⁵ Mit dem Ziel der Schaffung eines dezentralisierten, sektorübergreifenden und grenzüberschreitenden gemeinsamen Informationsaustauschsystems („Common Information Sharing Environment“/CISE) werden in ihr zentrale Elemente einer integrierten EU-Meeresüberwachung definiert. Der vom Rat unterstützte Fahrplan sieht folgende Schritte vor: Bestimmung der Nutzergruppen, Datenkartierung und Analyse bestehender Datenaustauschlücken, Einstufung der Geheimhaltungsgrade, Entwicklung einer Infrastruktur, Definition von Zugangsrechten und Prüfung der Kompatibilität mit bestehenden Rechtsvorschriften. Eine überarbeitete Version des Fahrplans soll Ende 2011 vorliegen.

Zur Entwicklung einer maritimen Raumordnung legte die Kommission die Mitteilung „Maritime Raumordnung in der EU – aktueller Stand und Ausblick“⁶ vor. Sie beschäftigt

1 KOM(2010) 494, SEK(2010) 1097.

2 KOM(2010) 461.

3 IP/10/1268.

4 MEMO/10/404.

5 KOM(2010) 584.

6 KOM(2010) 771.

sich mit den seit 2008 erzielten Planungsfortschritten und den Ergebnissen einer öffentlichen Anhörung. Die Idee der EU-Meeresraumplanung fasst die meeresbezogenen Aktivitäten verschiedener EU-Sektorpolitiken sowie Mitgliedstaaten in einem einheitlichen strategischen Planungsrahmen zusammen. Die Optimierung von Synergien, Interessensausgleich, grenzüberschreitende Kooperation, Umweltbelange und die effiziente sowie nachhaltige Nutzung der Meere als Umweltressource wurden als Kernpunkte der Initiative unterstrichen. Die Mitteilung zieht folgende zentrale Schlussfolgerungen aus der öffentlichen Anhörung: es besteht Handlungs- und koordinierter Planungsbedarf auf EU-Ebene; einheitliche Rahmenvorstellungen sollen formuliert werden; einzelne sowie grenzüberschreitende Konzepte sollen aufeinander abgestimmt werden; maritime Wirtschaftsaktivitäten sollen weiterentwickelt werden; Nachhaltigkeit und Rechtssicherheit in diesem Bereich sollen gestärkt werden.⁷ Für die Weiterentwicklung des Ansatzes hat die Kommission eine Folgenabschätzung zur Optionsentwicklung eingeleitet, die auf die Prüfung nicht rechtlich bindender (Austausch bester Praktiken, grenzüberschreitende Projekte, Leitlinien, Empfehlungen, etc.) sowie rechtsverbindlicher Instrumente abzielt.⁸

Gemäß Art. 9(3) der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie definierte die Kommission zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Formulierung ihrer koordinierten Meeresstrategien für regionale Meeresgebiete 29 Kriterien mit 56 zugehörigen Indikatoren sowie methodische Standards zur Feststellung eines guten Umweltzustandes der Meere. Kohärenzsteigerung und Vergleichbarkeit waren hierfür zentrale Motivationspunkte; biologische Vielfalt, Meeresökosystemaspekte, Fischbestände, Überdüngung, Verschmutzung und Lärm bildeten die Schwerpunkte. Die Weiterentwicklung der Kriterien, Indikatoren und Standards ist als fortlaufender Prozess definiert.⁹

Verbunden mit den Aktivitäten im Bereich der Meerespolitik entwickelte die EU auch ihre Wasserpolitik weiter. Ganz im Zeichen des „Mainstreaming“-Ansatzes der EU-Meerespolitik (Integration mit anderen Sektorpolitiken) unterstrich der Rat in seinen Schlussfolgerungen zum Schutz von Wasserressourcen und zur integrierten nachhaltigen Wasserbewirtschaftung die Notwendigkeit der stärkeren Verbindung der Wasserpolitik mit anderen relevanten Sektorpolitiken wie z.B. der Agrar-, Energie-, Fischerei-, Klima-, Kohäsions-, Meeres- und Verkehrspolitik der EU. Er forderte die Erarbeitung politischer Konzepte zum Umgang mit hydrologischen Wetterextremen, die integrativ Aspekte von biologischer Vielfalt, Energieeffizienz, Förderung der natürlichen Wasserrückhaltung, Infrastruktur, Land- und Forstwirtschaft, Naturschutz, Raumordnung und Wasserökosystemen zusammenführen sollen. Diese Konzepte sollen auch die Maßnahmen gegen den Klimawandel sowie den proaktiveren Schutz gegen Hochwasser- und Dürrerisiken unterstützen. Ein europäisches Schutzkonzept für Wasserressourcen soll Mitte 2012 von der Kommission vorgelegt werden.¹⁰

Weiterführende Literatur

Hoof, L. van / Tatenhove, J. van (2009): EU marine policy on the move: The tension between fisheries and maritime policy, in: *Marine Policy*, 33(4), S. 726-732.

Kratzmann, Jürgen (2011): Hat Europa maritime Interessen? Ein Bericht von der „Maritime Convention“ 2010, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 4(1), S. 141-145.

Wakefield, Jill (2010): Undermining the Integrated Maritime Policy, in: *Marine Pollution Bulletin*, 60(3), S. 323-333.

7 IP/10/1737.

8 Maria Damanaki, Speech/10/564.

9 Rat der EU 10545/10, IP/10/1084.

10 Rat der EU 11827/11, 11308/11.